

Eurokrise

Deutschland mit moderatem Tempo

BERLIN Trotz Konsumfreude und anziehender Investitionen schätzt die deutsche Bundesregierung die Konjunkturaussichten nur durchwachsen ein. «Insgesamt wird das Wachstumstempo der deutschen Wirtschaft im zweiten Halbjahr moderat bleiben», erklärte das Wirtschaftsministerium in seinem am Freitag vorgelegten Monatsbericht. Dämpfend wirke vor allem das ausenwirtschaftliche Umfeld. Die Eurokrise schwele weiter, und die Dynamik der Schwellenländer habe sich deutlich abgeschwächt. «Dagegen haben sich die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte in Deutschland weiter stabilisiert», heisst es in dem Bericht weiter. (sda/dpa)

Ölgeschäft

Die USA sind schon bald weltführend

NEW YORK Die USA überholen dank des Fracking-Booms nach Einschätzung der Internationalen Energieagentur IEA schon im kommenden Jahr Russland als weltweit wichtigsten Ölförderer. 2014 dürften die USA demnach täglich im Schnitt elf Millionen Barrel Öl produzieren, etwas mehr als Russland mit 10,86 Millionen. In der weltgrössten Volkswirtschaft wird vor allem Schieferöl gefördert, das mithilfe des Fracking-Verfahrens aus dem Boden gepresst wird. Erst vor wenigen Tagen haben die USA zudem den Titel als weltweit grösster Importeur von Rohöl an China abgegeben, weil die vermehrte Ausbeutung der heimischen Reserven die Nachfrage nach ausländischem Öl dämpft. (sda)

Abbott schliesst

300 Stellen sind in Gefahr

BERN Der amerikanische Pharmakonzern Abbott beabsichtigt, seinen Betrieb in Beringen (SH) zu schliessen. Damit einher ginge der Abbau von über 300 Stellen. Das Unternehmen plant, die derzeitigen Produktionsaktivitäten von Beringen an andere Standorte zu verlagern. «Dies würde es uns erlauben, Prozesse zu optimieren und die Effizienz zu erhöhen», sagte Abbott-Managerin Alesia Scott. Die Mitarbeiter sind über die potenzielle Schliessung bereits informiert worden. Zudem hat das Unternehmen einen Sozialplan erarbeitet und das gesetzlich vorgeschriebene Konsultationsverfahren gestartet. (sda)

Flughafen Zürich

Weniger Passagiere und weniger Flüge

ZÜRICH Am Flughafen Zürich sind im September 2 272 003 Passagiere ein-, aus- oder umgestiegen. Das waren 0,7 Prozent weniger als im September 2012. Die Anzahl Starts und Landungen nahm im Vergleich zur Vorjahresperiode um 1,9 Prozent auf 23 136 ab. Die Anzahl Lokalpassagiere stieg um 1,9 Prozent auf 1 553 252, wie die Flughafen Zürich AG am Freitag mitteilte. Im gleichen Zeitraum nahm die Anzahl Umsteigepassagiere gegenüber dem Vorjahr um 6 Prozent auf 710 624 ab. Dies entspricht einem Transferanteil von 31,3 Prozent. Dieser ist um 1,8 Prozentpunkte zurückgegangen. (sda)

Zwiefelhofer: «Liechtenstein muss Wirtschaftsmotor bleiben»

Gastreferat Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer sieht im Wirtschaftsstandort Zukunftspotenzial - wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

VON DIETMAR HOFER

Der Verein für Socialpolitik ist mit rund 3800 persönlichen und korporativen Mitgliedern die grösste Vereinigung von Wirtschaftswissenschaftlern im deutschsprachigen Raum. Der Ausschuss für Regionaltheorie und -politik hielt dabei gestern an der Universität Liechtenstein die Jahrestagung ab, in deren Rahmen Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer ein Gastreferat zum Thema «Wirtschaftsstandort Liechtenstein» hielt. Die Daten, die der Wirtschaftsminister dabei präsentierte, beeindruckten die Teilnehmer sichtlich. Denn innerhalb von 25 Jahren sei es Liechtenstein gelungen, die Zahl der Arbeitsplätze auf knapp 36 000 Beschäftigte zu verdoppeln und das Bruttoinlandsprodukt auf rund 5,5 Milliarden CHF zu vervierfachen. Auch die Zahl der Unternehmen ist in diesem Zeitraum von über 2000 auf knapp 4100 gestiegen. Und dies trotz der Krise vor fünf Jahren, die auch an Liechtensteins Unternehmen nicht spurlos vorübergegangen sei. «Wir werden auch 2013 nicht das Niveau von 2007 erreichen», prognostiziert der Regierungschef-Stellvertreter.

Hohe Wertschöpfung

Mit einer Bruttowertschöpfung von 185 000 Franken pro Vollzeitbeitsplatz gehört das Fürstentum zudem zu den produktivsten Ländern der Welt. Wobei rund 40 Prozent aller Beschäftigten im Industriebereich tätig sind und rund 60 im Dienstleistungssektor. Der Grossteil der Firmen wiederum sind Klein-



Wirtschaftsminister Thomas Zwiefelhofer hielt einen Vortrag zum «Wirtschaftsstandort Liechtenstein». (Foto: Nils Vollmar)

betriebe oder KMU. Nur 0,4 Prozent - in Zahlen ausgedrückt 17 Betriebe - beträgt hingegen der Anteil jener Unternehmen, die mehr als 250 Mitarbeiter beschäftigen. «Allerdings stellen diese Unternehmen ein Drittel aller Arbeitsplätze», machte Zwiefelhofer auf die ambivalente Situation aufmerksam.

Überdurchschnittliche Forschung

Als erfreulich sieht der Regierungschef-Stellvertreter, dass Liechtensteins Firmen mit sechs Prozent eine überdurchschnittlich hohe Forschungs- und Entwicklungsquote vorweisen können. Für den Standort bedeutet dies Innovationskraft und die Hoffnung, dass der Wirtschaftsmotor in Liechtenstein weiterhin

hochtourig läuft. Allerdings sei ein kleines Land mit gerade mal 160 Quadratkilometern Fläche ausschliesslich von Exportmärkten abhängig. «Vor allem für Klein- und Kleinbetriebe bedeutet dies, dass sie sich rasch in die unterschiedlichsten Märkte und Bestimmungen einleben müssen, weil praktisch der Heimvorteil fehlt», zog der 43-Jährige einen Vergleich mit dem Fussball. Sichtbar sei, dass sich Liechtenstein immer mehr vom Klischee des reinen Finanzdienstleistungslandes lösen kann. «In diesem Bereich hat es in den letzten Jahren ohnehin die meisten Umwälzungen gegeben», liess Zwiefelhofer die Teilnehmenden, die zum Grossteil aus Deutschland kamen, wissen. Auch was Steuerabkommen - etwa

mit Deutschland - anbelangt, sieht der Jurist Liechtenstein auf einem guten Weg. Vorrangiges Ziel sei es auch, das Staatsbudget in den Griff zu bekommen.

EU-Beitritt nicht denkbar

«Wir dürfen in Zukunft auf keinen Fall Schulden machen», lautet sein Credo. Die Steuerreform von 2009 zeige Konsequenzen und spüle weniger Einnahmen in die Staatskasse. Entschieden verneint wurde von Zwiefelhofer die Frage, ob sich Liechtenstein vorstellen könnte, eventuell der EU beizutreten. «Das steht überhaupt nicht zur Debatte. Und es wäre für ein kleines Land wie wir es sind von der Verwaltung her auch nicht zu stemmen.»

IWF-Chefökonom fordert mehr deutsches Engagement in Europa

Schuldenkrise IWF-Chefökonom Olivier Blanchard setzt mehr Akzente auf die Stärkung des Euro und verlangte von Deutschland ein entschiedeneres Engagement.

Das Euro-Rettungssystem sollte in Deutschland stärker als Versicherung denn als Transfersystem gesehen werden - die im Notfall auch selbst in Anspruch genommen werden könnten: «Mal brennt es beim Nachbarn, mal im eigenen Haus.» Wirtschaftspolitisch sollte Deutschland den enormen Handelsüberschuss zum Thema machen und etwas weniger sparen, sagte Blanchard. «Es lohnt sich zu fragen: Investiert Deutschland genug?» In Europa seien dagegen weitere Reformen nötig. Nach den ersten Erfolgen im Kampf gegen die Krise dürfe man

nicht selbstzufrieden werden. «Wir brauchen weitere Strukturreformen, wenn wir ein annehmbares Beschäftigungsniveau erreichen wollen.»

Thema Bankenrettung

Blanchard äusserte Verständnis für die deutsche Position, dass bei der Bankenrettung im Rahmen der geplanten Bankenunion zunächst Eigentümer und Gläubiger (Bail-in) in die Pflicht genommen werden sollen, ehe über den Staat der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird (Bail-out). Allerdings bestehe die Gefahr, dass es bei wirtschaftlich klammen Ländern zum Bail-in komme, bei starken aber zu Bail-outs. Das hätte weitreichende Folgen für die Zins-

entwicklung bei der Kreditaufnahme im Finanzsektor. Zinsen, die unterschiedliche Wahrscheinlichkeiten der staatlichen Bankenrettung widerspiegeln, seien problematisch, sagte der Chefökonom. Der IWF-Mann sprach sich dafür aus, den Zentralbanken ein breiteres Mandat mit mehr Verantwortung zu geben.

Mehr Inflation zulassen

«Es reicht nicht, nur die Geldwertstabilität im Blick zu haben», sagte er. «Wir müssen auch die Stabilität des Finanzsystems beachten.» Wenn die Zentralbanken Zusatzkompetenzen erhielten, hätte das aber Folgen für ihre Unabhängigkeit. Blanchard sprach sich für eine abgestufte Unabhängigkeit aus: Die klassische Geldpolitik müsse unabhängig bleiben, die Kontrolle des Finanzmarktes unter «eine Art politische Aufsicht gestellt werden». Blanchard sprach sich erneut dafür aus, mehr Inflation bei der Krisenbekämpfung zuzulassen. «Die Wohlstandskosten von einer zwei- oder vierprozentigen Inflation sind in etwa gleich gering», sagte der Ökonom. (sda/reu)

G-20-Gipfel

Einschätzung der letzten Entwicklung

BERN Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und Nationalbankchef Thomas Jordan haben am Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G-20 in Washington teilgenommen. Die wichtigsten Geschäfte betrafen die weltwirtschaftliche Lage, die Reform der internationalen Finanzarchitektur sowie die Finanzierung langfristiger Investitionen. Zentraler Punkt auf der Tagesordnung des zweitägigen Treffens war die Einschätzung der letzten Entwicklungen der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte, wie das Eidg. Finanzdepartement EFD am Freitagabend mitteilte. Hierzu gehörten «die Auswirkungen der unkonventionellen Geldpolitik auf die internationalen Kapitalflüsse, die erhöhte Anfälligkeit einiger Schwellenländer gegenüber Stimmungsschwankungen der Märkte sowie der nach wie vor zaghafte Aufschwung in der Eurozone». Darüber hinaus berieten sie nach Angaben des EFD über die Fortschritte bei der Anpassung der Richtlinien des IWF zur Bewirtschaftung öffentlicher Schulden. Schliesslich besprachen sie Möglichkeiten zur Steigerung der langfristigen Investitionstätigkeit, insbesondere in die Infrastruktur. (sda)



Chefökonom des IWF: Olivier Blanchard. (Foto: RM)